

Ebene der komplexeren Verknüpfungen und quasi-transzendentale Ebene (Story-Lines, fantasmatische Narrative)

Ein Post-Politisierungsprozess im Energiebereich erreicht nach „Fukushima“ seinen Höhepunkt, indem es der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation gelingt, „Energiewende“ auf einer technokratisch-managementorientierten Verfahrensebene zu kolonisieren, für ihre marktwirtschaftlichen Interessen zu mobilisieren und damit letztlich dem Politischen zu entziehen. Die Naturalisierung marktwirtschaftlicher Strukturen schreitet so voran, während „Energiewende“ vor dem Katastrophenszenario der ‚Deindustrialisierung‘ auf ambivalente Weise bald selbst zur Gefahr stilisiert wird. Die sozial-ökologische Krise verschwindet hingegen aus der schreckensverheißenden Dimension. Vor dem Hintergrund einer nationalen Erzählung komplettiert sich aus (neo)kolonialer Perspektive die hegemoniale Formation unter der Identität des nationalen ‚Wir‘. Der Begriff „Energiewende“ wird im parlamentarischen Diskurs zwar verwendet, um „Fukushima“ als Dislokation zu überwinden, bleibt aber bezüglich der Potenziale einer Übersetzung in ‚neue‘ – aus sozial-ökologischer Perspektive als transformativ zu klassifizierende – politische Praktiken weitgehend gegenstandslos.

Ebene des Vorsorgenden Wirtschaftens

Die Natur/Kultur Dichotomie und andere Externalisierungsstrukturen werden fortgeschrieben. Durch den Fokus auf die ‚Kosten der „Energiewende“‘ entfaltet sich letztlich eine stigmatisierende Anerkennungsdynamik, was zu einer Abwertung der erneuerbaren Energien gegenüber den konventionellen Energien führt. Trotz reformistischer Potenziale, die sich zum Beispiel vor dem Hintergrund des erneuten Atomausstiegs abbilden, bleibt die Wirkung politischer Praktiken in dieser Phase der „Energiewende“ eher beharrend. Der Begriff „Energiewende“ suggeriert eine Lösung sozial-ökologischer Probleme, die aber de facto gar nicht Gegenstand der Debatten sind, sondern durch den Fokus auf die Marktkonomie permanent aus dem Politischen gedrängt werden.

Handlungsprinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens haben vor dem Hintergrund dieses post-politischen Diskurses keine Chance, eine materiell-symbolische Wirkung im Sinne von Transformation in politischen Praktiken zu entfalten.

7.2 SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DEN GESAMTEN BETRACHTUNGSZEITRAUM

Mit dem analytischen Durchlaufen der verschiedenen Ebenen der Dekonstruktion wurde die Entwicklung von „Energiewende“ aus dem Bereich des Vor-(Bundes-)Politischen in der Zeit vor „Fukushima“ in den Bereich des Post-Politischen bis zum Ende des Betrachtungszeitraums nachgezeichnet. Da in dem als ‚vor-politisch‘ klassifizierten Betrachtungszeitraum eine Bedeutung von „Energiewende“ kaum generiert wurde und die „Energiewende“ als Projekt bundespolitischer Gesetzgebung nur aus einer marginalisierten Position heraus adressiert wurde, kann von einer „Energiewende“ als von einer Mehrheit getragenenem bundespolitischem Projekt also über-

haupt erst in Bezug auf den Betrachtungszeitraum nach „Fukushima“ gesprochen werden.

In einer weiteren Dekonstruktion des Diskurses um „Energiewende“ wurde auf den Ebenen der Story-Lines und der zugrunde liegenden fantasmatischen Narrative die Wirkrichtung der sich auf Grundlage der Narrative materialisierenden politischen Praktiken analysiert. Diese wurde, wie anhand der Operationalisierung der Diskursanalyse dargestellt, überwiegend nicht als transformativ klassifiziert. In einer weiteren Ebene der Dekonstruktion wurde aus der Perspektive des Vorsorgenden Wirtschaftens die Wirkung der identifizierten politischen Praktiken in Bezug auf die Handlungsprinzipien sowie die weiteren Kriterien Vorsorgenden Wirtschaftens analysiert. In Bezugnahme auf die vorausgehenden Ebenen der Dekonstruktion ist daraus die Schlussfolgerung abzuleiten, dass sich im nachgezeichneten diskursiven Rahmen von „Energiewende“ nach „Fukushima“ überwiegend energiepolitische Praktiken materialisieren, welche in ihrer Wirkrichtung im Spannungsfeld reformistisch-beharrend-reaktionär zu verorten sind. Vor dem Hintergrund der dieser Arbeit zugrunde liegenden Forschungsperspektive kann daher nicht von einer „Energiewende“ als bundespolitisches Transformationsprojekt gesprochen werden. Im Folgenden möchte ich kurz zusammenführen, wie es zu einer Festigung beharrender Strukturen nach „Fukushima“ kam und mit welchen Machtverhältnissen diese in Verbindung stehen.

Ein besonderer Fokus der Dekonstruktion liegt auf dem sichtbar machen von hierarchischen Externalisierungsstrukturen. Das ‚abspaltende Einbeziehen‘ des zuvor und auch weiterhin marginalisierten und abgewerteten ‚Anderen‘ wird besonders im zunehmenden Vermischen der fantasmatischen Narrative ‚ökologische Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘ ab der 16. Legislaturperiode deutlich, bis hin zu ihrer Verschmelzung im hegemonialen ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsens‘ in der 17. Legislaturperiode. Dabei wird deutlich, dass nicht nur die konservativ-liberalen Fraktionen an dieser Entwicklung beteiligt sind, sondern dass auch GRÜNE und SPD durch die Aufgabe bzw. die fehlende Herausarbeitung von Differenz die Herausbildung der hegemonialen marktwirtschaftlichen Diskursformation begünstigten. Diese Diskurzentwicklung schafft die Voraussetzungen dafür, dass „Energiewende“ nach „Fukushima“ in die Deutungsmuster des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ integriert werden kann. Zugeständnisse, wie der Atomausstieg, erfolgen aber nur insoweit sie für die Überwindung der dislozierenden Wirkung von „Fukushima“ und somit für die Aufrechterhaltung und Erneuerung der hegemonialen Formation notwendig sind. Hendrik Sander kommt in seiner historisch-materialistischen Policy-Analyse der Energiepolitik der 17. Legislaturperiode zu einem ähnlichen Schluss:

„Der neue Atomkonsens diente zwar nur dazu, die Krisenphänomene selektiv zu bearbeiten. Er spielte aber sogar eine organische Rolle bei der Erneuerung von Herrschaft im Rahmen des deutschen Kapitalismusmodells, indem die zeitweise politische Konfrontation produktiv zur Reorganisation der neoliberalen Hegemonie genutzt wurde. Die erfolgreiche Befriedung des Atomkonflikts hatte gewissermaßen einen kathartischen Effekt, so dass die Herrschaftsarchitektur nach Fukushima stabiler war als zuvor“ (Sander 2016: 259).

Die Anpassungsfähigkeit der hegemonialen marktwirtschaftlichen Diskursformation verdeutlicht sich dabei im „Energiewende“-Diskurs in besonderer Weise. Durch die Aneignung ökologischer Artikulationsmuster innerhalb des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ ist eine Einbindung weiterer ökologischer Forderungen jederzeit möglich – sollten bspw. bestimmte Forderungen aus der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung (wieder) an Stärke gewinnen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der hegemonialen Formation erfüllt (Laclau/Mouffe 2015: 18). Wie in Kapitel 5.4 dargestellt, zielen die Artikulationen von „Energiewende“ nicht (mehr) in erster Linie auf die Umsetzung umweltpolitischer Forderungen, sondern auf die Ausbreitung und den Erhalt der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation. „Energiewende“ wird zum ‚leeren Signifikanten‘, der darauf zielt die „rein äquivalentielle Identität eines gemeinschaftlichen Raumes als solches zu repräsentieren“ (Laclau 2002: 72).

Ein weiterer Schwerpunkt der vorliegenden Diskursanalyse ist ausgehend von der Forschungsfrage in der Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen Beharrung und Transformation auszumachen. Dabei wird auf allen Ebenen der Dekonstruktion augenscheinlich, dass unter Anwendung der für die jeweiligen Analyseebenen relevanten Kriterien zur Identifikation transformativer Potenziale und Effekte diese nur wenig erkennbar sind. Daraus ist ein Widerspruch zu den Erwartungen, die zivilgesellschaftliche Akteur*innen bspw. im Bereich der Bürger*innenenergie scheinbar mit „Energiewende“ verbinden, abzuleiten (vgl. Kapitel 1). Obwohl die Umstellung der Stromproduktion auf erneuerbare Energien auch nach „Fukushima“ materiell weiter voranschreitet und als Teil der diskursiven Konsensbildung erscheint, artikulierte eine breite Mehrheit im Parlament das Verhältnis zwischen erneuerbaren Energien und konventioneller Energie nicht als ‚Systemkonflikt‘ (vgl. Kapitel 5.2.4) und verortet Hindernisse für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien demnach nicht Energiesystem-intern. So können die Effekte dieses Konfliktes³ im Zusammenhang mit der im Rahmen der Analyse beschriebenen stigmatisierenden Anerkennungsdynamik von den großen Energiekonzernen genutzt werden, um durch Strompreiserhöhungen Herrschafts-Eigentum auszudehnen (vgl. Kapitel 6.5). Daraus lässt sich ableiten, dass einer transformativen Energiepolitik vor dem Hintergrund des Analysegegenstandes insbesondere auch die system-externe Verortung von Gefahren für ihr Gelingen entgegensteht, oder umgekehrt: Die Weigerung der jeweiligen parlamentarischen Mehrheiten, system-interne Ursachen für sozial-ökologische Krisen, die wiederum selbst ausgebendet werden, anzuerkennen. Mit der „Energiewende“ ist es der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation gelungen, ein großes potenziell auf Transformation ausgerichtetes Projekt aus sozial-ökologisch orientierten zivilgesellschaftlichen Bewegungen für verfahrenspolitische Prozesse im Bundestag zu mobilisieren und gleichzeitig sozial-ökologisch und politisch an Bedeutung zu entleeren.

In Kapitel 5.1 wurde darüber hinaus gezeigt, dass sich der diskursive Raum um „Energiewende“ auf den Strom- und in etwas geringerem Umfang auch auf den Wärmebereich beschränkt. Die hegemoniale marktwirtschaftliche Formation hat eben

3 Bspw. ein regelmäßiger Stromüberschuss durch erneuerbare Energien sowie strompreissenkende Effekte, s.o.

kein Interesse daran die Artikulation von „Energiewende“ von sich aus auf andere Kontexte auszuweiten, deren Umstellung auf erneuerbare Energien möglicherweise marktwirtschaftlichen Interessen zuwider laufen könnte. So werde eine „Energiewende“ im Verkehrsbereich nicht verfolgt, denn mobilitätspolitische Veränderungen gehen „nicht gegen den Markt, es geht nur mit dem Markt“ (CDU 13.06.2013: 31303).

Biesecker/von Winterfeld (2016: 36) kommen in ihrer Betrachtung des Energiekonzeptes der Bundesregierung zu folgendem Schluss:

„Zusammengefasst und in erster Näherung liegt unseres Erachtens die Regenerationsvergesenheit [der Energiewende] darin, dass sich die Energiewende auf einen Ausstieg aus der Kernenergie und auf eine Umstellung auf erneuerbare Energien unter Beibehaltung der gewohnten Produktions- und Verteilungsstrukturen sowie der Nutzungsgewohnheiten beschränkt“ (Biesecker/von Winterfeld 2016: 36)

Vor dem Hintergrund meiner diskurstheoretischen Forschungsperspektive konnte ich zeigen, dass diese Reduktion des Begriffes „Energiewende“ mit seiner Integration in die Artikulationsmuster des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ erfolgte und mit einer Ausbreitung der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation verbunden war. Dies führte nicht nur zu einer Regenerationsvergesenheit der „Energiewende“ selbst, sondern auch zu einer Stärkung beharrender Strukturen. Denn die „Energiewende“ ist auch ein Maßstab dafür wie Nachhaltigkeitsthemen politisch umgesetzt werden. Nach „Fukushima“ ist es einer politischen Mehrheit gelungen die Deutungshoheit über die Einbindung ökologischer Forderungen in den bundespolitischen Diskurs zu erlangen – und zwar auf marktwirtschaftliche Weise. So mit führte die „Energiewende“ nach „Fukushima“ nicht nur zu einer Festigung und Ausbreitung der marktwirtschaftlichen Hegemonie, sondern auch damit zusammenhängender gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Diese Ausbreitung der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation wirkt sich in vielfältiger Weise auf Machtverhältnisse aus, bzw. ist mit Machtverhältnissen verwoben:

Dies betrifft ökonomische Machtverhältnisse – in Kapitel 6 wurde gezeigt wie zentrale Eigentumsstrukturen nach „Fukushima“ gestärkt wurden, wie die Rolle der Kleinproduzent*innen geschwächt und wie sozialpolitische Fragen ins Private verwiesen wurden.

Dies betrifft (neo)kolonialen Machtverhältnisse – in Kapitel 6.4 wurde gezeigt, wie sogenannte Entwicklungsländer im „Energiewende“-Diskurs als das ‚Andere‘ des fortschrittlichen, nationalen Selbst abgewertet werden, wie damit Wirtschaftsinteressen konsolidiert werden und die Geschichtlichkeit globaler Machtverhältnisse verdeckt wird. Über die Konstitution von Deutschland als ‚Vorreiter‘ wird nicht nur der deutsche Anteil an der globalen Klimakrise vernebelt, es entsteht auch der Eindruck, dass bereits ausreichend für die „Energiewende“ getan werde.

Dies betrifft aber auch Geschlechterverhältnisse, die sich ebenso wie (neo)koloniale Machtverhältnisse im Diskurs um „Energiewende“ auf vielfältige Weise manifestieren. Dies zeigt sich zum einen darin, *worüber* überhaupt diskutiert wird, was im Diskurs sichtbar wird. In Kapitel 6.4 habe ich gezeigt, dass die Ökonomie und technologische Fragen dem Öffentlichen zugewiesen werden, während soziale Themen

außerhalb der Ökonomie dem Privaten zugeordnet werden und im „Energiewende“-Diskurs mit wenigen Ausnahmen nicht vorkommen. Während Energieunternehmen von der Politik als aktive Gestalter der „Energiewende“ adressiert und eingebunden werden, werden Bürger*innen auf Haushaltsebene als passiv konstituiert. Ihre Rolle wird überwiegend in Äquivalenz zu Konsum und Akzeptanz artikuliert, während eher selten auf ihre produktive Rolle für die „Energiewende“ abgezielt wird und wenn, dann stets im Kontext starker Bedeutungskämpfe.

Zum anderen werden geschlechtshierarchische Dichotomisierungsprozesse auch dazu verwendet, bestimmte Diskurspositionen zu delegitimieren: In Kapitel 6.4 wurde entsprechend herausgearbeitet, wie über die Abwertung sozial weiblicher Emotionalität gegenhegemoniale Forderungen delegitimiert werden und transformative Perspektiven (z.B. als ‚irrational‘, ‚hysterisch‘ oder ‚rückständig‘) sozial geächtet werden. Aus feministischer Perspektive zeigt sich daran deutlich, wie sich eine auf die Abwertung sozialer Weiblichkeit ausgerichtete sprachliche Argumentation in sozial männlichen politischen Praktiken materialisiert. Ein auf solche Weise geschlechtshierarchisch strukturierter Diskurs bietet vor dem Hintergrund der zugrunde liegenden Forschungsperspektive keine transformativen Potenziale, auf Grundlage derer sich (vor)sorgende politische Praktiken entfalten können, die transformativ auf eine Vermittlung zwischen produktiv und reproduktiv hinwirken, stattdessen folgt eine Abspaltung des sozial Weiblichen aus dem Öffentlichen ins Private. Die LINKE und in einigen Fällen auch die GRÜNEN bringen mit Artikulationen im Rahmen des Narrativs ‚sozial-ökologischer Umbau‘ zwar alternative Perspektiven ein, diese bleiben aufgrund einer fehlenden politischen Auseinandersetzung sowie der relativ geringen Involvierung der LINKEN aber marginalisiert.

Insgesamt lässt sich vor dem Hintergrund der zugrunde liegenden Forschungsperspektive aus der Dekonstruktion des „Energiewende“ – Diskurses schlussfolgern, dass die „Energiewende“, wie sie im Bundestag konstituiert wird, nicht nur als regenerationsvergessen bezüglich ihrer natürlichen Grundlagen zu bewerten ist, sondern, dass es sich auch um eine neokoloniale, männliche, enhistorisierte und marktökonomische Strukturen stabilisierende „Energiewende“ handelt. Eine bundestagspolitische „Energiewende“, die in dem kritisch-dekonstruktiv sichtbar gemachten Ausmaß, Machtstrukturen und -verhältnisse ignoriert, die aus sozial-ökologischer Perspektive als Ursachen bestehender Krisen zu sehen sind, reproduziert bestehende Ungerechtigkeiten.

7.3 AUSBLICK UND WEITERER FORSCHUNGSBEDARF

Mouffe (2007: 7f.) arbeitet in ihrem Buch „Über das Politische“ heraus, inwiefern gegenwärtig vorherrschende Vorstellungen über Gesellschaftsverhältnisse von Konsens geprägt sind, verbunden mit der Behauptung, grundsätzliche gesellschaftliche Konflikte in einer vermeintlich „freien Welt“ überwinden zu können. Sie spricht von einem „post-politischen Zeitgeist“, den sie für „von Grund auf verfehlt“ hält und als „Ursprung vieler gegenwärtiger Probleme“ demokratischer Institutionen betrachtet (ebenda). So interpretiert sie das Erstarken des ‚Rechtspopulismus‘ im Kontext des Mangels an Identifikationsmöglichkeiten um ‚wirkliche Alternativen‘. Rechtspopulistische Parteien seien in manchen Ländern die einzigen, die den Konsens der ‚Mit-